

768 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP

Ausgedruckt am 15. 7. 1997

Regierungsvorlage

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REPUBLIK KROATIEN ÜBER SOZIALE SICHERHEIT

Die Republik Österreich
und
die Republik Kroatien,

von dem Wunsche geleitet, die gegenseitigen Beziehungen auf dem Gebiete der sozialen Sicherheit zu regeln,

sind übereingekommen, folgendes Abkommen zu schließen:

Abschnitt I ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 Begriffsbestimmungen

- (1) In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke
1. „Kroatien“
die Republik Kroatien,
„Österreich“
die Republik Österreich;
 2. „Rechtsvorschriften“
die Gesetze, Verordnungen, Satzungen und sonstige allgemein rechtsetzende Akte, die sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Zweige der sozialen Sicherheit beziehen;
 3. „zuständige Behörde“
die Bundesminister oder Ministerien, die mit der Anwendung der in Artikel 2 Absatz 1 angeführten Rechtsvorschriften betraut sind;
 4. „Träger“
die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften oder eines Teiles davon obliegt;
 5. „zuständiger Träger“
den Träger, bei dem eine Person im Zeitpunkt des Antrages auf Leistung versichert ist oder gegen den sie einen Anspruch auf Leistungen hat oder noch hätte, wenn sie sich im Gebiet des Vertragsstaates, in dem sie zuletzt versichert war, aufhalten würde;
 6. „Wohnort“
den Ort des gewöhnlichen Aufenthaltes;
 7. „Aufenthalt“
den vorübergehenden Aufenthalt;
 8. „Familienangehöriger“
einen Familienangehörigen nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dem der Träger, zu dessen Lasten die Leistungen zu gewähren sind, seinen Sitz hat;
 9. „Versicherungszeiten“

2

768 der Beilagen

Beitragszeiten, Beschäftigungszeiten und gleichgestellte Zeiten, die nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten als solche gelten;

10. „Geldleistung“, „Rente“ oder „Pension“

eine Geldleistung, Rente oder Pension einschließlich aller ihrer Teile aus öffentlichen Mitteln, aller Zuschläge, Anpassungsbeträge und Zulagen sowie Kapitalabfindungen.

(2) In diesem Abkommen haben andere Ausdrücke die Bedeutung, die ihnen nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten zukommt.

Artikel 2

Sachlicher Geltungsbereich

(1) Dieses Abkommen bezieht sich

1. auf die kroatischen Rechtsvorschriften über
 - a) die Krankenversicherung und den Gesundheitsschutz,
 - b) die Pensions- und Invalidenversicherung,
 - c) die Arbeitslosenversicherung;
2. auf die österreichischen Rechtsvorschriften über
 - a) die Krankenversicherung,
 - b) die Unfallversicherung,
 - c) die Pensionsversicherung mit Ausnahme der Sonderversicherung für das Notariat,
 - d) das Arbeitslosengeld.

(2) Dieses Abkommen bezieht sich auch auf alle Rechtsvorschriften, welche die in Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften zusammenfassen, ändern oder ergänzen.

Artikel 3

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt

- a) für Personen, für die die Rechtsvorschriften eines oder beider Vertragsstaaten gelten oder galten;
- b) für andere Personen, soweit diese ihre Rechte von den in Buchstaben a bezeichneten Personen ableiten.

Artikel 4

Gleichbehandlung

(1) Bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates stehen, soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, dessen Staatsangehörigen die Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates gleich.

(2) Absatz 1 berührt nicht

- a) die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten betreffend die Mitwirkung der Versicherten und der Dienstgeber in den Organen der Träger und der Verbände sowie in der Rechtsprechung im Bereich der sozialen Sicherheit;
- b) Versicherungslastregelungen in zwischenstaatlichen Verträgen der Vertragsstaaten mit anderen Staaten;
- c) die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten betreffend die Versicherung der bei einer amtlichen Vertretung eines der beiden Vertragsstaaten in Drittstaaten oder bei Mitgliedern einer solchen Vertretung beschäftigten Personen.

(3) Absatz 1 gilt hinsichtlich der österreichischen Rechtsvorschriften über die Berücksichtigung von Kriegsdienstzeiten oder diesen gleichgestellten Zeiten nur für kroatische Staatsangehörige, die unmittelbar vor dem 13. März 1938 die österreichische Staatsangehörigkeit besaßen.

Artikel 5

Leistungstransfer

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, dürfen Pensionen, Renten und andere Geldleistungen mit Ausnahme der Leistungen bei Arbeitslosigkeit, auf die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Anspruch besteht, nicht deshalb gekürzt, geändert, zum Ruhen gebracht, entzogen oder beschlagnahmt werden, weil der Berechtigte im Gebiet des anderen Vertragsstaates wohnt.

(2) Absatz 1 bezieht sich nicht

- a) auf die Schutzzulage nach den kroatischen Rechtsvorschriften;

b) auf die Ausgleichszulage nach den österreichischen Rechtsvorschriften.

Abschnitt II

BESTIMMUNGEN ÜBER DIE ANZUWENDENDEN RECHTSVORSCHRIFTEN

Artikel 6

Allgemeine Regelung

(1) Die Versicherungspflicht einer erwerbstätigen Person richtet sich, soweit die Artikel 7 und 8 nichts anderes bestimmen, nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet die Erwerbstätigkeit ausgeübt wird. Dies gilt bei Ausübung einer unselbständigen Erwerbstätigkeit auch dann, wenn sich der Wohnort des Dienstnehmers oder der Sitz des Dienstgebers im Gebiet des anderen Vertragsstaates befindet.

(2) Für Beamte und ihnen gleichgestellte Personen gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, bei dessen Verwaltung sie beschäftigt sind.

Artikel 7

Besondere Regelungen

(1) Wird ein Dienstnehmer von einem Unternehmen mit Sitz im Gebiet eines der Vertragsstaaten in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so sind bis zum Ende des 24. Kalendermonates nach dieser Entsendung die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates weiter anzuwenden, als wäre er noch in dessen Gebiet beschäftigt.

(2) Wird ein Dienstnehmer eines Luftfahrtunternehmens mit dem Sitz im Gebiet eines Vertragsstaates aus dessen Gebiet in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so sind die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates weiter anzuwenden, als wäre er noch in dessen Gebiet beschäftigt.

(3) Die Besatzung eines Seeschiffes, sowie andere nicht nur vorübergehend auf einem Seeschiff beschäftigte Personen unterliegen den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, dessen Flagge das Schiff führt.

Artikel 8

Diplomatisches und konsularisches Personal

(1) Für Mitglieder der diplomatischen Vertretungen oder konsularischen Dienststellen und für private Hausangestellte im Dienst von Mitgliedern dieser Vertretungen oder Dienststellen, die in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet werden, gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, aus dem sie entsendet werden.

(2) Für die in Absatz 1 bezeichneten Dienstnehmer, die nicht entsendet sind, gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet sie beschäftigt sind. Soweit sie Staatsangehörige des anderen Vertragsstaates sind, können sie jedoch binnen drei Monaten nach Beginn der Beschäftigung die Anwendung der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates wählen.

Artikel 9

Ausnahmen

(1) Auf gemeinsamen Antrag des Dienstnehmers und seines Dienstgebers können die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten einvernehmlich Ausnahmen von den Artikeln 6 bis 8 vereinbaren, wobei auf die Art und die Umstände der Beschäftigung Bedacht zu nehmen ist.

(2) Gelten für einen Dienstnehmer nach Absatz 1 die Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates, obwohl er die Beschäftigung im Gebiet des anderen Vertragsstaates ausübt, so sind die Rechtsvorschriften so anzuwenden, als ob er diese Beschäftigung im Gebiet des ersten Vertragsstaates ausüben würde.

Abschnitt III
BESONDERE BESTIMMUNGEN

Kapitel 1
Krankheit und Mutterschaft

Artikel 10
Zusammenrechnung der Versicherungszeiten

Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben, so sind diese für den Erwerb eines Leistungsanspruches und die Dauer der Leistungsgewährung zusammenzurechnen, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

Artikel 11
Sachleistungen

(1) Eine Person, welche die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates für den Leistungsanspruch erforderlichen Voraussetzungen erfüllt und

- a) die im Gebiet des anderen Vertragsstaates wohnt oder
- b) deren Zustand während eines Aufenthaltes im Gebiet des anderen Vertragsstaates unverzüglich Leistungen erfordert und sich die Person nicht zum Zwecke der Inanspruchnahme einer ärztlichen Betreuung in den anderen Vertragsstaat begeben hat, oder
- c) die vom zuständigen Träger die Genehmigung erhalten hat oder erhält, sich in das Gebiet des anderen Vertragsstaates zu begeben, um dort eine ihrem Zustand angemessene Behandlung zu erhalten,

hat Anspruch auf Sachleistungen zu Lasten des zuständigen Trägers vom Träger des Wohn- oder Aufenthaltsortes nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften, als ob sie bei diesem versichert wäre.

(2) Im Falle des Absatzes 1 hängt die Gewährung von Körperersatzstücken, größeren Hilfsmitteln und anderen Sachleistungen von erheblicher Bedeutung davon ab, daß der zuständige Träger hiezu seine Zustimmung gibt. Die Zustimmung ist nicht erforderlich, wenn die Gewährung der Leistung nicht aufgeschoben werden kann, ohne das Leben oder die Gesundheit der betreffenden Person ernsthaft zu gefährden, oder wenn nach Artikel 15 Absatz 2 eine Kostenerstattung durch Pauschalzahlungen erfolgt.

(3) Die vorhergehenden Absätze sind auf Familienangehörige entsprechend anzuwenden.

(4) Absatz 1 Buchstaben b und c gelten in Österreich in bezug auf die Behandlung durch freiberuflich tätige Ärzte, Zahnärzte und Dentisten nur hinsichtlich folgender Personen:

- a) Personen, die sich in Ausübung ihrer Beschäftigung in Österreich aufhalten, sowie die sie begleitenden Familienangehörigen;
- b) Personen, die ihre in Österreich wohnende Familie besuchen;
- c) Personen, die sich aus anderen Gründen in Österreich aufhalten, wenn ihnen eine ambulante Behandlung für Rechnung der für ihren Aufenthaltsort in Betracht kommenden Gebietskrankenkasse gewährt wurde.

Artikel 12
Geldleistungen

(1) In den Fällen des Artikels 11 sind die Geldleistungen vom zuständigen Träger nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zu gewähren.

(2) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates die Höhe der Geldleistungen von der Zahl der Familienangehörigen ab, so berücksichtigt der zuständige Träger auch die Familienangehörigen, die im Gebiet des anderen Vertragsstaates wohnen.

Artikel 13
Pensionsbezieher

(1) Auf Pensionsempfänger aus der Pensionsversicherung der Vertragsstaaten sind die Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung der Pensionisten des Vertragsstaates anzuwenden, in dessen Gebiet die Pensionsempfänger wohnen. Dabei gilt bei Gewährung einer Pension nur nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates diese Pension als Pension des ersten Vertragsstaates.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Pensionswerber.

Artikel 14

Träger des Aufenthalts- oder Wohnortes

In den Fällen des Artikels 11 Absatz 1 und des Artikels 13 Absatz 1 zweiter Satz werden die Leistungen gewährt

in Kroatien

von der örtlich zuständigen Außenstelle der Kroatischen Anstalt für Krankenversicherung,

in Österreich

von der für den Aufenthalts- oder Wohnort der betreffenden Person in Betracht kommenden Gebietskrankenkasse.

Artikel 15

Kostenerstattung

(1) Der zuständige Träger erstattet dem Träger, der die Sachleistungen gewährt hat, die nach Artikel 11 und Artikel 13 Absatz 1 zweiter Satz aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten.

(2) Die zuständigen Behörden können zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung vereinbaren, daß für alle Fälle oder für bestimmte Gruppen von Fällen anstelle von Einzelabrechnungen der Aufwendungen Pauschalzahlungen treten.

(3) In den Fällen des Artikels 13 Absatz 1 zweiter Satz ist der Ersatz der Aufwendungen für Anspruchsberechtigte aus der österreichischen Pensionsversicherung aus den beim Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger einlangenden Beiträgen zur Krankenversicherung der Pensionisten zu leisten.

Kapitel 2

Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

Artikel 16

Sachleistungen

(1) Eine Person, die wegen eines Arbeitsunfalles oder einer Berufskrankheit Anspruch auf Sachleistungen nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates hat und die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhält oder dort wohnt, hat Anspruch auf Sachleistungen zu Lasten des zuständigen Trägers vom Träger ihres Aufenthalts- oder Wohnortes nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften, als ob sie bei diesem versichert wäre. Artikel 11 Absatz 2 gilt entsprechend.

(2) In den Fällen des Absatzes 1 werden die Sachleistungen gewährt

in Kroatien

von der örtlich zuständigen Außenstelle der Kroatischen Anstalt für Krankenversicherung,

in Österreich

von der für den Aufenthalts- oder Wohnort des Berechtigten in Betracht kommenden Gebietskrankenkasse oder einem Träger der Unfallversicherung.

(3) Für die Erstattung der nach Absatz 1 entstandenen Kosten gilt Artikel 15 entsprechend.

Artikel 17

Wegunfall

Erleidet eine Person, die im Gebiet eines Vertragsstaates wohnt und die sich auf Grund eines ordnungsgemäßen Arbeitsvertrages zur Arbeitsaufnahme in den anderen Vertragsstaat begibt, während der ohne Unterbrechung und auf dem kürzesten Weg durchgeführten Reise zum Beschäftigungsort einen Unfall, so ist dieser Unfall vom Träger dieses Vertragsstaates nach den Rechtsvorschriften über die Unfallversicherung zu entschädigen; dies gilt auch für einen Unfall, den ein Dienstnehmer bei der Rückkehr in den Wohnortstaat unmittelbar nach Beendigung des Arbeitsvertrages, auf Grund dessen er sich in den anderen Vertragsstaat begeben hat, erleidet.

Artikel 18**Berufskrankheiten**

(1) Hängt die Gewährung der Leistungen für eine Berufskrankheit nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates davon ab, daß die Krankheit zum ersten Mal im Gebiet dieses Vertragsstaates ärztlich festgestellt worden ist, so gilt diese Bedingung als erfüllt, wenn die betreffende Krankheit zum ersten Mal im Gebiet des anderen Vertragsstaates festgestellt worden ist.

(2) Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor, daß Leistungen für eine Berufskrankheit nur gewährt werden, wenn die Tätigkeit, welche die Krankheit verursachen kann, während einer Mindestdauer ausgeübt wurde, so berücksichtigt der zuständige Träger dieses Vertragsstaates, soweit erforderlich, die Zeiten der Ausübung einer solchen Tätigkeit, während derer die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates galten.

Artikel 19**Entschädigung von Berufskrankheiten**

(1) Wäre eine Berufskrankheit nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu entschädigen, so sind Leistungen nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates zu gewähren, in dessen Gebiet zuletzt eine Beschäftigung ausgeübt wurde, die geeignet ist, eine solche Berufskrankheit zu verursachen, sofern die betreffende Person die nach diesen Rechtsvorschriften vorgesehenen Voraussetzungen erfüllt.

(2) Bezog oder bezieht eine Person, die sich eine Berufskrankheit zugezogen hat, Leistungen zu Lasten eines Trägers eines Vertragsstaates und beansprucht sie, nachdem sie auch eine Tätigkeit nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates ausgeübt hat, welche eine Berufskrankheit verursachen kann, wegen Verschlimmerung Leistungen von einem Träger des anderen Vertragsstaates, so trägt der Träger des ersten Vertragsstaates weiterhin die Kosten der Leistungen ohne Berücksichtigung der Verschlimmerung nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften; der zuständige Träger des zweiten Vertragsstaates gewährt eine Leistung in der Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der nach der Verschlimmerung geschuldeten Leistung und der Leistung, die vor der Verschlimmerung nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften geschuldet worden wäre, wenn die Krankheit nach diesen Rechtsvorschriften eingetreten wäre.

Kapitel 3**Alter, Invalidität und Tod****(Pensionen)****Artikel 20****Zusammenrechnung der Versicherungszeiten**

(1) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates der Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben eines Leistungsanspruches von der Zurücklegung von Versicherungszeiten ab, so hat der zuständige Träger dieses Vertragsstaates, soweit erforderlich, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zurückgelegten Versicherungszeiten zu berücksichtigen, als wären es nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten.

(2) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates die Gewährung bestimmter Leistungen von der Zurücklegung der Versicherungszeiten in einem Beruf, für den ein Sondersystem besteht, oder in einem bestimmten Beruf oder in einer bestimmten Beschäftigung ab, so sind für die Gewährung dieser Leistungen die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zurückgelegten Versicherungszeiten nur zu berücksichtigen, wenn sie in einem entsprechenden System oder, wenn ein solches nicht besteht, im gleichen Beruf oder in der gleichen Beschäftigung zurückgelegt worden sind.

(3) Verlängern nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Zeiten der Pensionsgewährung den Zeitraum, in dem die Versicherungszeiten zurückgelegt sein müssen, so verlängert sich dieser Zeitraum auch durch entsprechende Zeiten der Pensionsgewährung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates.

(4) Soweit nach den kroatischen Rechtsvorschriften das Vorliegen bestimmter Tatbestände Voraussetzung für den Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben eines Leistungsanspruches ist, kommt die gleiche Wirkung auch gleichartigen Tatbeständen in Österreich zu.

(5) Bei Durchführung der Absätze 1 und 2 hat der österreichische Träger die in Tagen ausgedrückten kroatischen Versicherungszeiten in Monate umzurechnen, wobei 30 Tage einem Monat entsprechen; Resttage gelten hiebei als ein ganzer Monat.

Artikel 21

Versicherungszeiten unter einem Jahr

(1) Erreichen die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates für die Berechnung der Leistung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten insgesamt nicht zwölf Monate und besteht auf Grund dieser Versicherungszeiten allein kein Leistungsanspruch nach diesen Rechtsvorschriften, so ist nach diesen Rechtsvorschriften keine Leistung zu gewähren.

(2) Die Versicherungszeiten nach Absatz 1 sind vom zuständigen Träger des anderen Vertragsstaates für den Erwerb, die Aufrechterhaltung und das Wiederaufleben eines Leistungsanspruches sowie dessen Ausmaß so zu berücksichtigen, als wären es nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten.

Artikel 22

Feststellung der Leistungen

(1) Besteht nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates auch ohne Anwendung des Artikels 20 ein Leistungsanspruch, so hat der zuständige Träger dieses Vertragsstaates die Leistung ausschließlich auf Grund der nach diesen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten festzustellen.

(2) Besteht nach den kroatischen Rechtsvorschriften nur unter Anwendung des Artikels 20 ein Leistungsanspruch, so hat der zuständige kroatische Träger, wenn möglich, die Leistung ausschließlich auf Grund der nach den kroatischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten festzustellen. Ist die Feststellung der Leistung auf die im vorhergehenden Satz erwähnte Art und Weise nicht möglich, so ist die Leistung wie folgt festzustellen:

1. Der zuständige kroatische Träger hat zunächst den theoretischen Betrag der Leistung zu berechnen, die zustehen würde, wenn alle nach Artikel 20 zu berücksichtigenden Versicherungszeiten ausschließlich nach den kroatischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigen wären.
2. Auf Grund des Betrages nach Ziffer 1 hat der kroatische Träger den geschuldeten Betrag nach dem Verhältnis festzusetzen, das zwischen der Dauer der nach den kroatischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten und der Gesamtdauer der nach Artikel 20 zu berücksichtigenden Versicherungszeiten besteht.

(3) Besteht nach den österreichischen Rechtsvorschriften nur unter Anwendung des Artikels 20 ein Leistungsanspruch, so hat der zuständige österreichische Träger die Leistung ausschließlich auf Grund der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten sowie der folgenden Bestimmungen festzustellen:

1. Leistungen oder Leistungsteile, deren Betrag nicht von der Dauer der zurückgelegten Versicherungszeiten abhängig ist, gebühren im Verhältnis der nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Berechnung der Leistung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten zu 30 Jahren, höchstens jedoch bis zur Höhe des vollen Betrages.
2. Sind bei der Berechnung von Leistungen bei Invalidität oder an Hinterbliebene nach dem Eintritt des Versicherungsfalles liegende Zeiten zu berücksichtigen, so sind diese Zeiten nur im Verhältnis der nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Berechnung der Leistung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten zu zwei Dritteln der vollen Kalendermonate von der Vollendung des 16. Lebensjahres der betreffenden Person bis zum Eintritt des Versicherungsfalles zu berücksichtigen, höchstens jedoch bis zum vollen Ausmaß.
3. Ziffer 1 gilt nicht
 - a) hinsichtlich von Leistungen aus einer Höherversicherung,
 - b) hinsichtlich von einkommensabhängigen Leistungen oder Leistungsteilen zur Sicherstellung eines Mindesteinkommens.

8

768 der Beilagen

Kapitel 4**Arbeitslosigkeit****Artikel 23****Zusammenrechnung der Versicherungszeiten**

(1) Nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates zurückgelegte Versicherungszeiten einer beitragspflichtigen Beschäftigung sind für den Anspruch auf Leistungen bei Arbeitslosigkeit nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zu berücksichtigen, sofern der Arbeitslose in dem Vertragsstaat, in dem er den Anspruch auf eine solche Leistung geltend macht, in den letzten zwölf Monaten vor Beantragung dieser Leistung insgesamt mindestens 26 Wochen ohne Verletzung der Vorschriften über die Beschäftigung von Ausländern als Arbeitnehmer versichert war.

(2) Die in Absatz 1 festgelegte Voraussetzung der Mindestbeschäftigungszeit von 26 Wochen gilt nicht für Arbeitslose, deren Beschäftigung für längere Zeit in Aussicht genommen war, jedoch früher als nach 26 Wochen ohne ihr Verschulden geendet hat, oder für jene österreichischen Staatsangehörigen, die in Österreich einen Antrag auf Leistung stellen.

Artikel 24**Bezugsdauer**

Die Bezugsdauer wird um die Zeit gemindert, in der der Arbeitslose im anderen Vertragsstaat innerhalb der letzten zwölf Monate vor dem Tag der Antragstellung bereits eine Leistung bei Arbeitslosigkeit bezogen hat.

Abschnitt IV**VERSCHIEDENE BESTIMMUNGEN****Artikel 25****Aufgaben der zuständigen Behörden, Amts- und Rechtshilfe**

(1) Die zuständigen Behörden werden die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen in einer Vereinbarung regeln.

- (2) Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten unterrichten einander
- a) über alle zur Anwendung dieses Abkommens getroffenen Maßnahmen;
 - b) über alle die Anwendung dieses Abkommens berührenden Änderungen ihrer Rechtsvorschriften.

(3) Bei der Anwendung dieses Abkommens haben die Behörden und Träger der Vertragsstaaten einander zu unterstützen und wie bei der Anwendung ihrer eigenen Rechtsvorschriften zu handeln. Diese Amtshilfe ist kostenlos.

(4) Die Träger und Behörden der Vertragsstaaten können zwecks Anwendung dieses Abkommens miteinander sowie mit beteiligten Personen oder deren Beauftragten unmittelbar in Verbindung treten.

(5) Die Träger und Behörden eines Vertragsstaates dürfen die bei ihnen eingereichten Anträge und sonstige Schriftstücke nicht deshalb zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaates abgefaßt sind.

(6) Ärztliche Untersuchungen, die in Durchführung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vorgenommen werden und Personen betreffen, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten oder dort wohnen, werden auf Ersuchen des zuständigen Trägers zu ihren Lasten vom Träger des Aufenthalts- oder Wohnortes veranlaßt. Werden ärztliche Untersuchungen im Interesse der Träger der beiden Vertragsstaaten durchgeführt, so erfolgt keine Kostenerstattung.

(7) Für die gerichtliche Rechtshilfe gelten die jeweiligen auf die Rechtshilfe in bürgerlichen Rechtssachen anwendbaren Bestimmungen.

Artikel 26**Verbindungsstellen**

Die zuständigen Behörden haben zur Erleichterung der Durchführung dieses Abkommens, insbesondere zur Herstellung einer einfachen und raschen Verbindung zwischen den beiderseits in Betracht kommenden Trägern, Verbindungsstellen zu errichten.

Artikel 27**Befreiung von Steuern und Beglaubigungen**

(1) Jede in den Vorschriften eines Vertragsstaates vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern, Stempel-, Gerichts- oder Eintragungsgebühren für Schriftstücke oder Urkunden, die in Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorzulegen sind, wird auf die entsprechenden Schriftstücke und Urkunden erstreckt, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates vorzulegen sind.

(2) Urkunden, Dokumente und Schriftstücke jeglicher Art, die in Anwendung dieses Abkommens vorgelegt werden müssen, bedürfen keiner Beglaubigung.

Artikel 28**Einreichung von Schriftstücken**

(1) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung eines Vertragsstaates eingereicht werden, sind als bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung des anderen Vertragsstaates eingereichte Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel anzusehen.

(2) Ein nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates gestellter Antrag auf eine Leistung gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates, die unter Berücksichtigung dieses Abkommens in Betracht kommt; dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, daß die Feststellung einer nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates erworbenen Leistung bei Alter aufgeschoben wird.

(3) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates innerhalb einer bestimmten Frist bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung dieses Vertragsstaates einzureichen sind, können innerhalb der gleichen Frist bei der entsprechenden Stelle des anderen Vertragsstaates eingereicht werden.

(4) In den Fällen der Absätze 1 bis 3 übermittelt die in Anspruch genommene Stelle diese Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel entweder unmittelbar oder durch Vermittlung der Verbindungsstellen der Vertragsstaaten unverzüglich an die entsprechende zuständige Stelle des anderen Vertragsstaates.

Artikel 29**Zahlungsverkehr**

(1) Die nach diesem Abkommen leistungspflichtigen Träger haben die Leistungen mit befreiender Wirkung in der für sie innerstaatlich maßgebenden Währung zu erbringen.

(2) Die in diesem Abkommen vorgesehenen Erstattungen haben in der Währung des Vertragsstaates zu erfolgen, in dem der Träger, der die Leistungen gewährt hat, seinen Sitz hat.

(3) Überweisungen auf Grund dieses Abkommens werden nach Maßgabe der Vereinbarungen vorgenommen, die auf diesem Gebiet in den beiden Vertragsstaaten im Zeitpunkt der Überweisung gelten.

Artikel 30**Vollstreckungsverfahren**

(1) Die vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte sowie die vollstreckbaren Bescheide und Rückstandsausweise (Urkunden) der Träger oder der Behörden eines Vertragsstaates über Beiträge und sonstige Forderungen aus der sozialen Sicherheit werden im anderen Vertragsstaat anerkannt.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung des Vertragsstaates widerspricht, in dem die Entscheidung oder die Urkunde anerkannt werden soll.

(3) Die nach Absatz 1 anerkannten vollstreckbaren Entscheidungen und Urkunden werden im anderen Vertragsstaat vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die in dem Vertragsstaat, in dessen Gebiet vollstreckt werden soll, für die Vollstreckung der in diesem Vertragsstaat erlassenen entsprechenden Entscheidungen und Urkunden gelten. Die Ausfertigung der Entscheidung oder der Urkunde muß mit der Bestätigung ihrer Vollstreckbarkeit (Vollstreckungsklausel) versehen sein.

Artikel 31

Verrechnung von Vorschüssen

(1) Hat ein Träger eines Vertragsstaates einen Vorschuß gezahlt, so kann die auf denselben Zeitraum entfallende Nachzahlung einer entsprechenden Leistung, auf die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates Anspruch besteht, einbehalten werden. Hat der Träger des einen Vertragsstaates für eine Zeit, für die der Träger des anderen Vertragsstaates nachträglich eine entsprechende Leistung zu erbringen hat, eine höhere als die gebührende Leistung gezahlt, so gilt der diese Leistung übersteigende Betrag bis zur Höhe des nachzuzahlenden Betrages als Vorschuß im Sinne des ersten Satzes.

(2) Hat ein Träger der Sozialhilfe eines Vertragsstaates eine Leistung der Sozialhilfe während eines Zeitraumes gewährt, für den nachträglich nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates Anspruch auf Geldleistungen entsteht, so behält der zuständige Träger dieses Vertragsstaates auf Ersuchen und für Rechnung des Trägers der Sozialhilfe die auf den gleichen Zeitraum entfallenden Nachzahlungen bis zur Höhe der gezahlten Leistungen der Sozialhilfe ein, als ob es sich um eine vom Träger der Sozialhilfe des letzteren Vertragsstaates gezahlte Leistung der Sozialhilfe handeln würde.

Artikel 32

Schadenersatz

(1) Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Leistungen für einen Schaden zu erhalten hat, der im Gebiet des anderen Vertragsstaates eingetreten ist, nach dessen Vorschriften gegen einen Dritten Anspruch auf Ersatz des Schadens, so geht der Ersatzanspruch auf den Träger des ersten Vertragsstaates nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über.

(2) Stehen Ersatzansprüche hinsichtlich gleichartiger Leistungen aus demselben Schadensfall sowohl einem Träger des einen Vertragsstaates als auch einem Träger des anderen Vertragsstaates zu, so kann der Dritte die nach Absatz 1 auf die beiden Träger übergegangenen Ansprüche mit befreiender Wirkung durch Zahlung an den einen oder anderen Träger befriedigen. Im Innenverhältnis sind die Träger anteilig im Verhältnis der von ihnen zu erbringenden Leistungen ausgleichspflichtig.

Artikel 33

Streitbeilegung

Streitigkeiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten beigelegt werden.

Abschnitt V

ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 34

Übergangsbestimmungen

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Zahlung von Leistungen für die Zeit vor dem 1. Jänner 1997.

(2) Für die Feststellung des Anspruches auf Leistungen nach diesem Abkommen werden auch Versicherungszeiten berücksichtigt, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor dem 1. Jänner 1997 zurückgelegt worden sind.

(3) Vorbehaltlich des Absatzes 1 gilt dieses Abkommen auch für Versicherungsfälle, die vor dem 1. Jänner 1997 eingetreten sind, soweit nicht früher festgestellte Ansprüche durch Kapitalzahlungen abgegolten worden sind.

(4) Leistungen, die vor dem 1. Jänner 1997 festgestellt wurden, sind nicht neu festzustellen.

Artikel 35**Versicherungslastregelungen**

(1) Die Träger in Österreich übernehmen alle Anwartschaften und Ansprüche von Personen, die am 1. Jänner 1956 österreichische Staatsangehörige waren oder die nach den österreichischen Rechtsvorschriften für den Bereich der Sozialversicherung als Volksdeutsche anerkannt werden, vorausgesetzt, daß sich die betreffenden Personen am 1. Jänner 1956 im Gebiet von Österreich nicht nur vorübergehend aufgehalten haben, soweit diese Anwartschaften und Ansprüche auf Grund der vor dem 1. Jänner 1956 in der ehemaligen jugoslawischen Sozialversicherung (Pension oder Invaliditätsversicherung) zurückgelegten Versicherungszeiten entstanden sind.

(2) Die Träger in Kroatien übernehmen alle Anwartschaften und Ansprüche von kroatischen Staatsangehörigen, die als jugoslawische Staatsangehörige am 1. Jänner 1956 ihren Wohnort im Gebiet des ehemaligen Jugoslawien hatten, soweit diese Anwartschaften und Ansprüche auf Grund der vor dem 1. Jänner 1956 in der österreichischen Sozialversicherung (Pensions- oder Unfallversicherung) zurückgelegten Versicherungszeiten entstanden sind.

(3) Sind Leistungsansprüche zu übernehmen, so gelten die allgemeinen Voraussetzungen für die entsprechenden Leistungen als erfüllt. Hierbei sind für die Bemessung der Leistungen die den übernommenen Leistungsansprüchen zugrunde liegenden Versicherungszeiten heranzuziehen. Erreichen diese Zeiten nicht das Ausmaß der für die entsprechenden Pensionen erforderlichen Wartezeit, so sind der Leistungsbemessung Zeiten im Ausmaß dieser Wartezeit zugrunde zu legen.

(4) Für die Berücksichtigung der Anwartschaften und Ansprüche in Leistungen der österreichischen Pensions- oder Unfallversicherung sind die Rechtsvorschriften des österreichischen Bundesgesetzes vom 22. November 1961 über Leistungsansprüche und Anwartschaften in der Pensions(Renten)versicherung und Unfallversicherung auf Grund von Beschäftigungen im Ausland anzuwenden.

Artikel 36**Inkrafttreten**

(1) Dieses Abkommen ist zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden sind so bald wie möglich in Wien auszutauschen.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden, und ist rückwirkend mit 1. Jänner 1997 anzuwenden. Soweit in der Zeit vor Inkrafttreten dieses Abkommens hinsichtlich der Gewährung von Sachleistungen anders verfahren wurde, hat es dabei sein Bewenden.

Artikel 37**Außerkräfttreten**

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen.

(2) Im Falle der Kündigung gelten die Bestimmungen dieses Abkommens für erworbene Ansprüche weiter.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Zagreb, am 16. Jänner 1997 in zwei Urschriften in kroatischer und deutscher Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Dr. Harald W. Kotschy

Für die Republik Kroatien:

Vera Babic

UGOVOR

12

768 der Beilagen

O SOCIJALNOM OSIGURANJU IZMEĐU REPUBLIKE AUSTRIJE I REPUBLIKE HRVATSKE

Republika Austrija
i
Republika Hrvatska

u želji za uređivanjem međusobnih odnosa na području socijalnog osiguranja dogovorile su se sklopiti sljedeći Ugovor:

**I. Odjeljak
OPĆE ODREDBE****•lanak 1.****Definicije pojmova**

- (1) U ovom ugovoru znače izrazi:
1. »Hrvatska«
Republiku Hrvatsku
»Austrija«
Republiku Austriju;
 2. »pravni propisi«
zakone, uredbе, statute i ostale opće pravne akte koji se odnose na grane socijalnog osiguranja navedene u članku 2. stavku 1.;
 3. »nadležno tijelo«
savezne ministre ili ministarstva kojima je povjerena primjena pravnih propisa navedenih u članku 2. stavku 1.;
 4. »nositelj«
ustanovu ili tijelo zaduženo za provedbu pravnih propisa navedenih u članku 2. stavku 1. ili dijela tih propisa;
 5. »nadležni nositelj«
nositelja kod kojega je osoba osigurana u času podnošenja zahtjeva za davanja, ili kod kojega ima pravo na davanje ili bi ga imala da boravi na području države ugovornice u kojoj je bila posljednji put osigurana;
 6. »prebivalište«
mjesto stalnog boravka;
 7. »boravak«
privremeni boravak;
 8. »član obitelji«
člana obitelji prema pravnim propisima države ugovornice u kojoj nositelj, na čiji se teret isplaćivati davanja, ima svoje sjedište;
 9. »razdoblja osiguranja«
razdoblja uplaćenih doprinosa, razdoblja zaposlenja i izjednačena razdoblja, koja se prema pravnim propisima obiju država ugovornica takvima smatraju;
 10. »novčano davanje«, »renta« ili »mirovina«
novčano davanje, rentu ili mirovinu uključujući sve njihove dijelove iz javnih sredstava, sve doplatke, svote povećanja i dodatke kao i kapitalne otpremine.
- (2) U ovom ugovoru ostali izrazi imaju značenje koje im pripada prema pravnim propisima obiju država ugovornica.

•lanak 2.**Pravni propisi na koje se Ugovor odnosi**

- (1) Ovaj se ugovor odnosi:
1. na hrvatske pravne propise o:
 - a) zdravstvenom osiguranju i zdravstvenoj zaštiti,
 - b) mirovinskom i invalidskom osiguranju,
 - c) osiguranju za slučaj nezaposlenosti;
 2. na austrijske pravne propise o:
 - a) zdravstvenom osiguranju,

- b) osiguranju za slučaj nesreće na poslu,
- c) mirovinskom osiguranju s izuzetkom posebnog osiguranja za bilježništvo,
- d) davanju za nezaposlenost.

(2) Ovaj ugovor odnosi se i na sve pravne propise koji obuhvaćaju, mijenjaju ili dopunjavaju pravne propise navedene u stavku 1.

•lanak 3.

Osobe na koje se Ugovor primjenjuje

Ovaj ugovor vrijedi:

- a) za osobe za koje vrijede ili su vrijedili pravni propisi jedne ili objiju država ugovornica;
- b) za druge osobe, ukoliko njihova prava potječu od osoba navedenih pod a).

•lanak 4.

Jednakost u postupku

(1) Ne određuje li ovaj ugovor drukčije, u primjeni pravnih propisa jedne države ugovornice njeni su državljani izjednačeni s državljanima druge države ugovornice.

(2) Stavak 1. ne dira u:

- a) pravne propise objiju država ugovornica o sudjelovanju osiguranika i poslodavaca u tijelima nositelja i saveza, kao i u donošenju sudskih odluka s područja socijalnog osiguranja;
- b) odredbe o reguliranju tereta osiguranja u međudržavnim ugovorima država ugovornica s trećim državama;
- c) pravne propise objiju država ugovornica o osiguranju osoba zaposlenih u službenim predstavništvima jedne od država ugovornica u trećim državama ili pri članovima takvih predstavništava.

(3) Stavak 1. vrijedi glede austrijskih pravnih propisa o uzimanju u obzir razdoblja ratne službe ili s njima izjednačenih razdoblja samo za one hrvatske državljane koji su neposredno prije 13. ožujka 1938. imali austrijsko državljanstvo.

•lanak 5.

Prijenos davanja

(1) Ne određuje li ovaj ugovor drukčije, mirovine, rente i druga novčana davanja s izuzetkom davanja za nezaposlenost, na koja postoji pravo prema pravnim propisima jedne države ugovornice, ne smiju se smanjivati, mijenjati, stavljati u mirovanje, oduzeti ili plijeniti zato što korisnik prebiva na području druge države ugovornice.

(2) Stavak 1. ne vrijedi za:

- a) zaštitni dodatak prema hrvatskim pravnim propisima;
- b) zaštitni mirovinski dodatak prema austrijskim pravnim propisima.

II. Odjeljak

ODREDBE O PRAVNIM PROPISIMA KOJI SE PRIMJENJUJU

•lanak 6.

Opća odredba

(1) Ne određuju li članci 7. i 8. drukčije, obveza osiguranja osobe koja obavlja neku djelatnost utvrđuje se prema pravnim propisima države ugovornice na čijem se području obavlja dotična djelatnost. Za obavljanje nesamostalne djelatnosti to vrijedi i onda ako je prebivalište zaposlenika ili sjedište poslodavca na području druge države ugovornice.

(2) Za službenike i s njima izjednačene osobe vrijede pravni propisi države ugovornice u čijoj su upravi zaposleni.

•lanak 7.

Posebne odredbe

(1) Ako poduzeće sa sjedištem na području jedne države ugovornice pošalje zaposlenika na područje druge države ugovornice, do kraja 24. kalendarskog mjeseca nakon odlaska zaposlenika primjenjuju se i dalje pravni propisi prve države ugovornice, kao da je on još uvijek zaposlen na njenom području.

14

768 der Beilagen

(2) Ako je zaposlenik nekog zrakoplovnog poduzeća sa sjedištem na području jedne države ugovornice s tog područja poslan na područje druge države ugovornice i dalje će se primjenjivati pravni propisi prve države ugovornice, kao da je on još uvijek zaposlen na njenom području.

(3) Posada pomorskog broda kao i druge osobe koje nisu samo privremeno zaposlene na pomorskom brodu, podliježu pravnim propisima države ugovornice pod čijom zastavom brod plovi.

•lanak 8.

Diplomatsko i konzularno osoblje

(1) Za članove diplomatskih i konzularnih predstavništava, te za privatno kućno osoblje u službi članova tih predstavništava, koji su izaslani na područje druge države ugovornice vrijede pravni propisi države ugovornice koja ih šalje.

(2) Za zaposlenike iz stavka 1. koji nisu izaslani vrijede pravni propisi države ugovornice na čijem su području zaposleni. Ako su oni državljani druge države ugovornice mogu u roku od tri mjeseca nakon početka zaposlenja odabrati primjenu pravnih propisa druge države ugovornice.

•lanak 9.

Iznimke

(1) Na zajednički zahtjev zaposlenika i njegovog poslodavca nadležna tijela obiju država ugovornica mogu sporazumno dogovoriti iznimke od članka 6. do 8., pri čemu treba uzeti u obzir vrstu i okolnosti zaposlenja.

(2) Vrijede li za nekog zaposlenika iz stavka 1. pravni propisi jedne države ugovornice, premda je zaposlen na području druge države ugovornice, ti će se pravni propisi primjenjivati kao da se zaposlenje obavlja na području prve države ugovornice.

III. Odjeljak

POSEBNE ODREDBE

1. poglavlje

Bolest i majinstvo

•lanak 10.

Zbrajanje razdoblja osiguranja

Ako je osoba navršila razdoblja osiguranja prema pravnim propisima obiju država ugovornica, ona se zbrajaju za stjecanje prava na davanja i za trajanje tih davanja, ukoliko se ne odnose na isto razdoblje.

•lanak 11.

Davanja u naravi

(1) Osoba koja ispunjava uvjete za stjecanje prava na davanja prema pravnim propisima jedne države ugovornice, a

- a) prebiva na području druge države ugovornice ili
- b) njeno stanje za vrijeme boravka na području druge države ugovornice zahtijeva neodgodivo pružanje davanja, a dotična osoba nije otišla u drugu državu ugovornicu radi liječenja, ili je
- c) od nadležnog nositelja dobila ili dobije odobrenje za odlazak na područje druge države ugovornice radi liječenja koje zahtijeva njeno stanje,

ima pravo na davanja u naravi na teret nadležnog nositelja od nositelja u prebivalištu ili mjestu boravka prema pravnim propisima koji za tog nositelja vrijede, kao da je ta osoba kod njega osigurana.

(2) U slučaju iz stavka 1. odobrenje proteza, većih pomagala i drugih davanja u naravi već vrijednosti ovisi o suglasnosti nadležnog nositelja. Suglasnost nije potrebna ako se pružanje davanja ne može odgoditi, a da se ozbiljno ne ugrozi život ili zdravlje dotične osobe, ili ako se sukladno članku 15. stavku 2. troškovi nadoknađuju u paušalnim svotama.

(3) Prethodni stavci jednako se primjenjuju na članove obitelji.

(4) Stavak 1. slova b) i c) vrijede u Austriji za liječenje kod liječnika, stomatologa i zubara u privatnoj praksi samo za:

- a) osobe koje borave u Austriji radi zaposlenja i članove njihovih obitelji koji ih prate;
- b) osobe koje dolaze u posjet obitelji koja prebiva u Austriji;

c) osobe koje borave u Austriji iz drugih razloga, a pruženo im je ambulantno liječenje na račun podružne bolesničke blagajne koja dolazi u obzir prema njihovom mjestu boravka.

•lanak 12.

Novčana davanja

(1) U slučajevima iz članka 11. nadležni nositelj pruža novčana davanja prema pravnim propisima koji za njega vrijede.

(2) Ovisi li prema pravnim propisima jedne države ugovornice visina novčanih davanja o broju članova obitelji, nadležni nositelj uzima u obzir i one članove obitelji koji prebivaju na području druge države ugovornice.

•lanak 13.

Korisnici mirovina

(1) Na korisnike mirovina iz mirovinskog osiguranja država ugovornica primjenjuju se pravni propisi o zdravstvenom osiguranju umirovljenika one države ugovornice na čijem području oni prebivaju. Pritom se u slučaju priznavanja mirovine samo prema pravnim propisima druge države ugovornice, ta mirovina smatra mirovinom prve države ugovornice.

(2) Stavak 1. jednako vrijedi za podnositelje zahtjeva za mirovinu.

•lanak 14.

Nositelji u mjestu boravka ili prebivalištu

U slučajevima iz članka 11. stavka 1. i članka 13. stavka 1. druga rečenica davanja odobrava:

u Hrvatskoj

mjesno nadležni podružni ured Hrvatskog zavoda za zdravstveno osiguranje,

u Austriji

podružna bolesnička blagajna koja dolazi u obzir za dotičnu osobu prema mjestu boravka ili prebivalištu.

•lanak 15.

Nadoknađivanje troškova

(1) Nadležni nositelj nadoknađuje nositelju koji je pružio davanja u naravi utrošene svote prema članku 11. i članku 13. stavku 1. druge rečenice, s izuzetkom administrativnih troškova.

(2) Nadležna tijela mogu, radi administrativnog pojednostavljenja, ugovoriti da se za sve slučajeve ili određene skupine slučajeva, umjesto pojedinačnog obračuna troškova, primjenjuju paušalne isplate.

(3) U slučajevima iz članka 13. stavka 1. druga rečenica, troškovi za korisnike prava iz austrijskog mirovinskog osiguranja nadoknađuju se iz doprinosa za zdravstveno osiguranje umirovljenika koji se uplaćuju u Glavni savez austrijskih nositelja socijalnog osiguranja.

2. poglavlje

Nesreće na poslu i profesionalne bolesti

•lanak 16.

Davanja u naravi

(1) Osoba koja zbog nesreće na poslu ili profesionalne bolesti ima pravo na davanja u naravi prema pravnim propisima jedne države ugovornice, a boravi ili prebiva na području druge države ugovornice, ima pravo na davanja u naravi na teret nadležnog nositelja od nositeja u mjestu boravka ili prebivalištu prema pravnim propisima koji za tog nositelja vrijede, kao da je dotična osoba osigurana kod njega. Jednako vrijedi članak 11. stavak 2.

(2) U slučajevima iz stavka 1. davanja u naravi odobrava:

u Hrvatskoj

mjesno nadležni podružni ured Hrvatskog zavoda za zdravstveno osiguranje,

u Austriji

podružna bolesnička blagajna koja dolazi u obzir prema mjestu boravka ili prebivalištu korisnika, odnosno nositelj osiguranja za nesreće na poslu.

16

768 der Beilagen

(3) Za nadoknaćivanje troškova iz stavka 1. jednako vrijedi članak 15.

•članak 17.

Nesreća na putu

Ako osoba koja prebiva na području jedne države ugovornice i na osnovi propisnog ugovora o radu putuje u drugu državu ugovornicu radi stupanja na posao, na tom najkraćem putu bez prekida do mjesta rada doživljava nesreću, naknadu za tu nesreću isplaćuje nositelj te države ugovornice, sukladno pravnim propisima o osiguranju za slučaj nesreće na poslu. To vrijedi i za nesreću koju zaposlenik doživljava pri povratku u državu prebivanja neposredno nakon isteka ugovora o radu na osnovi kojega je putovao u drugu državu ugovornicu.

•članak 18.

Profesionalne bolesti

(1) Ovisi li odobrenje davanja za neku profesionalnu bolest prema pravnim propisima jedne države ugovornice o tome je li bolest prvi put liječnik utvrđena na području te države ugovornice, smatra se da je taj uvjet ispunjen ako je dotična bolest prvi puta utvrđena na području druge države ugovornice.

(2) Predviđaju li pravni propisi jedne države ugovornice da se davanja za neku profesionalnu bolest odobravaju samo ako je djelatnost koja može uzrokovati tu bolest obavljana u nekom minimalnom razdoblju, nadležni nositelj te države ugovornice, ukoliko je potrebno, uzima u obzir razdoblja obavljanja takve djelatnosti tijekom kojih su vrijedili pravni propisi druge države ugovornice.

•članak 19.

Naknade za profesionalne bolesti

(1) Ako bi pravo na naknadu za profesionalnu bolest postojalo prema pravnim propisima obiju država ugovornica, davanja se odobravaju samo prema pravnim propisima one države ugovornice na čijem je području posljednji put obavljana djelatnost koja je mogla uzrokovati takvu profesionalnu bolest, ukoliko dotična osoba ispunjava uvjete predviđene ovim pravnim propisima.

(2) Ako je osoba koja boluje od profesionalne bolesti primala ili prima davanja na teret nositelja jedne države ugovornice i ako, nakon što je prema pravnim propisima druge države ugovornice obavljala djelatnost koja je mogla uzrokovati profesionalnu bolest, te zbog pogoršanja zatraži davanja od nositelja druge države ugovornice, tada nositelj prve države ugovornice i dalje snosi troškove davanja bez obzira na pogoršanje, prema pravnim propisima koji vrijede za njega. Nadležni nositelj druge države ugovornice odobrava davanje u visini razlike između davanja koje pripada nakon pogoršanja i davanja koje bi pripadalo prema njegovim pravnim propisima prije pogoršanja, da je bolest nastupila prema tim pravnim propisima.

3. poglavlje

Starost, invalidnost i smrt

(Mirovine)

•članak 20.

Zbrajanje razdoblja osiguranja

(1) Ovisi li, prema pravnim propisima jedne države ugovornice, stjecanje, održavanje ili ponovno priznanje prava na davanja o navršnim razdobljima osiguranja, mjerodavni nositelj te države ugovornice obavezan je, u potrebnoj mjeri uzeti u obzir razdoblja osiguranja navršena prema pravnim propisima druge države ugovornice, kao da su navršena prema pravnim propisima koje on primjenjuje.

(2) Ovisi li, prema pravnim propisima jedne države ugovornice, odobrenje određenih davanja o navršnim razdobljima osiguranja u nekom zvanju za koje postoji poseban sustav, ili u nekoj određenoj struci ili u nekom određenom zaposlenju, tada se za odobrenje tih davanja razdoblja osiguranja, navršena prema pravnim propisima druge države ugovornice, uzimaju u obzir samo onda ako su navršena u odgovarajućem sustavu, ili, ako takav ne postoji, u istoj struci ili u istom zaposlenju.

(3) Ako se, prema pravnim propisima jedne države ugovornice, razdoblje u kojem moraju biti navršena razdoblja osiguranja produćava za razdoblje primanja mirovine, tada se to razdoblje produćava i za odgovarajuće razdoblje primanja mirovine prema pravnim propisima druge države ugovornice.

(4) Ako je, prema hrvatskim pravnim propisima, uvjet za stjecanje, održanje ili ponovno priznavanje prava na davanja postojanje određenih ~~injeničnih~~ stanja, isto vrijedi i za odgovarajuća ~~injenična~~ stanja u Austriji.

(5) Pri provedbi stavka 1. i 2. austrijski nositelj preračunava hrvatska razdoblja osiguranja izražena u danima u mjesece, pri čemu 30 dana odgovara jednom mjesecu; preostali dani računaju se pritom kao cijeli mjesec.

•lanak 21.

Razdoblja osiguranja kraća od jedne godine

(1) Ako razdoblja osiguranja koja se uzimaju u obzir za obračun davanja, prema pravnim propisima jedne države ugovornice, ne dođu ukupno dvanaest mjeseci i ako isključivo na osnovi tih razdoblja osiguranja ne postoji pravo na davanja prema tim pravnim propisima, tada se, prema tim pravnim propisima, ne odobrava nikakvo davanje.

(2) Razdoblja osiguranja iz stavka 1. nadležni je nositelj druge države ugovornice obvezan uzeti u obzir za stjecanje, održanje i ponovno priznanje prava na davanja, te određivanje njihove visine, kao da su ta razdoblja osiguranja izvršena prema pravnim propisima koje on primjenjuje.

•lanak 22.

Određivanje davanja

(1) Postoji li, prema pravnim propisima jedne države ugovornice, pravo na davanje i bez primjene članka 20., nadležni nositelj te države ugovornice obvezan je odrediti davanje isključivo na osnovi razdoblja osiguranja koja se uzimaju u obzir prema tim pravnim propisima.

(2) Postoji li, prema hrvatskim pravnim propisima, pravo na davanja samo uz primjenu članka 20., nadležni hrvatski nositelj obvezan je, po mogućnosti, odrediti davanje isključivo na osnovi razdoblja osiguranja koja se uzimaju u obzir prema hrvatskim pravnim propisima. Ako određivanje davanja na način iz prethodne rečenice nije moguće, davanje se određuje kako slijedi:

1. Nadležni hrvatski nositelj najprije izračunava teoretsku svotu davanja koje bi pripadalo kad bi se sva razdoblja osiguranja, koja se uzimaju u obzir prema članku 20., uzimala u obzir isključivo prema hrvatskim pravnim propisima.
2. Na osnovi svote iz točke 1. hrvatski nositelj utvrđuje dužnu svotu u omjeru u kojem se trajanje razdoblja osiguranja koja se uzimaju u obzir prema hrvatskim pravnim propisima nalazi prema ukupnom trajanju razdoblja osiguranja koja se uzimaju u obzir prema članku 20.

(3) Postoji li, prema austrijskim pravnim propisima, pravo na davanja samo uz primjenu članka 20., nadležni austrijski nositelj obvezan je odrediti davanje isključivo na osnovi razdoblja osiguranja koja se uzimaju u obzir prema austrijskim pravnim propisima, kao i na osnovi sljedećih odredaba:

1. Davanja ili dijelovi davanja čija svota ne ovisi o dužini izvršenih razdoblja osiguranja pripadaju u omjeru između razdoblja osiguranja koja se uzimaju u obzir za obračun davanja prema austrijskim pravnim propisima i 30 godina, ali najviše u visini pune svote.
2. Uzimaju li se, pri obračunu davanja za invalidnost ili za najbližje članove obitelji, u obzir i razdoblja nakon nastanka osiguranog slučaja, ta se razdoblja uzimaju u obzir samo u omjeru u kojem se razdoblja osiguranja koja se uzimaju u obzir za obračun davanja, prema austrijskim pravnim propisima, nalaze prema dvjema trećinama broja punih kalendarskih mjeseci od izvršene 16. godine života dotične osobe do nastanka osiguranog slučaja, ali najviše do punog trajanja.
3. Točka 1, ne vrijedi:
 - a) za davanja iz dopunskog osiguranja,
 - b) za davanja ili dijelove davanja koji ovise o prihodima, a služe za osiguranje minimalnih prihoda.

4. poglavlje

Nezaposlenost

•lanak 23.

Zbrajanje razdoblja osiguranja

(1) Razdoblja osiguranja tijekom zaposlenja koje podliježe obvezi plaćanja doprinosa, izvršena prema pravnim propisima jedne države ugovornice, uzimaju se u obzir za stjecanje prava na davanja u

18

768 der Beilagen

služaju nezaposlenosti prema pravnim propisima druge države ugovornice, ukoliko je nezaposlena osoba u državi u kojoj ostvaruje pravo na takvo davanje u posljednjih dvanaest mjeseci prije podnošenja zahtjeva bila osigurana kao zaposlenik ukupno najmanje 26 tjedana bez povrede propisa o zapošljavanju stranaca.

(2) Uvjet minimalnog razdoblja zaposlenja od 26 tjedana, utvrđen u stavku 1. ne vrijedi za nezaposlene osobe koje je zaposlenje bilo predviđeno za duži rok, ali je bez njihove krivnje okončano prije isteka 26 tjedana, ili za austrijske državljane koji podnose zahtjev za davanje u Austriji.

•lanak 24.

Trajanje davanja

Trajanje primanja naknade umanjuje se za razdoblje u kojem je nezaposlena osoba u drugoj državi ugovornici u posljednjih dvanaest mjeseci prije dana podnošenja zahtjeva već primala novčanu naknadu zbog nezaposlenosti.

IV. Odjeljak

RAZNE ODREDBE

•lanak 25.

Obveze nadležnih tijela, službena i pravna pomoć

(1) Nadležna tijela će sporazumom urediti administrativne mjere za provedbu ovog ugovora.

(2) Nadležna tijela obiju država ugovornica međusobno se obavještavaju:

a) o svim poduzetim mjerama za provedbu ovog ugovora;

b) o svim promjenama svojih pravnih propisa u svezi s primjenom ovog ugovora.

(3) Pri primjeni ovog ugovora tijela i nositelji država ugovornica obvezni su međusobno si pomagati i postupati kao da primjenjuju vlastite pravne propise. Ta je službena pomoć besplatna.

(4) Nositelji i tijela država ugovornica mogu, radi primjene ovog ugovora, izravno stupati u vezu međusobno, kao i sa zainteresiranim osobama ili njihovim opunomoćenicima.

(5) Nositelji i tijela jedne države ugovornice ne smiju odbiti podnesene zahtjeve i druge pisane podneske zato jer su napisani na službenom jeziku druge države ugovornice.

(6) Liječničke preglede, koji se obavljaju pri provedbi pravnih propisa jedne države ugovornice, a odnose se na osobe koje borave na području druge države ugovornice ili tamo prebivaju, obavit će na zahtjev nadležnog nositelja i na njegov teret nositelj u mjestu boravka ili prebivalištu. Ako se liječnički pregledi obavljaju u interesu nositelja obiju država ugovornica troškovi se ne nadoknađuju.

(7) Za sudsku pravnu pomoć vrijede odredbe koje se primjenjuju za pravnu pomoć u građanskim pravnim predmetima.

•lanak 26.

Tijela za vezu

Nadležna tijela obvezna su odrediti tijela za vezu radi lakše provedbe ovog ugovora, poglavito radi uspostavljanja jednostavne i brze veze između zainteresiranih nositelja obiju strana.

•lanak 27.

Oslobađanje od poreza i ovjere

(1) Svako oslobađanje ili smanjenje poreza, te pristojbi za ovjeru, sudskih ili upisnih pristojbi, predviđeno propisima jedne države ugovornice za pismene podneske ili isprave koje se prilažu u primjeni ovih pravnih propisa, odnosi se i na odgovarajuće pisane podneske i isprave koje se prilažu pri primjeni ovog ugovora ili pravnih propisa druge države ugovornice.

(2) Isprave, dokumenti i pisani podnesci bilo koje vrste koji se moraju priložiti pri primjeni ovog ugovora, ne podliježu nikakvoj ovjeri.

•lanak 28.

Predavanje pisanih podnesaka

(1) Zahtjevi, izjave ili pravna sredstva, koja se primjenom ovog ugovora ili pravnih propisa jedne države ugovornice predaju tijelu, nositelju ili drugoj nadležnoj ustanovi jedne države ugovornice,

768 der Beilagen

19

smatraju se zahtjevima, izjavama ili pravnim sredstvima podnesenima tijelu, nositelju ili nekoj drugoj nadležnoj ustanovi druge države ugovornice.

(2) Zahtjev za davanje, podnesen prema pravnim propisima jedne države ugovornice, smatra se također zahtjevom za odgovarajuće davanje prema pravnim propisima druge države ugovornice, koje dolazi u obzir pri primjeni ovog ugovora. To ne vrijedi ako podnositelj zahtjeva izričito zahtijeva odgodu utvrđivanja stečenog prava na davanje zbog starosti prema pravnim propisima jedne države ugovornice.

(3) Zahtjevi, izjave ili pravna sredstva, koja se u primjeni pravnih propisa jedne države ugovornice trebaju u određenom roku predati tijelu, nositelju ili nekoj drugoj nadležnoj ustanovi te države ugovornice, mogu se u tom istom roku predati odgovarajućoj službi druge države ugovornice.

(4) U slučajevima iz stavaka 1. do 3. dotična služba prosljeđuje te zahtjeve, izjave ili pravna sredstva, bilo izravno ili putem tijela za vezu država ugovornica, odgovarajućoj nadležnoj službi druge države ugovornice.

•lanak 29.**Platni promet**

(1) Nositelji obvezni na pružanje davanja prema ovom ugovoru obvezni su isplađivati novčana davanja s oslobođajućim učinkom u valuti koja vrijedi u njihovoj državi.

(2) Nadoknade predviđene ovim ugovorom isplađuju se u valuti države ugovornice u kojoj se nalazi sjedište nositelja koji je odobrio davanja.

(3) Doznake na temelju ovog ugovora šalju se prema sporazumima koji vrijede na tom području u objema državama ugovornicama u času slanja doznake.

•lanak 30.**Ovršni postupak**

(1) Ovršne odluke sudova kao i ovršna rješenja, te dokazi o neplađaju (isprave) nositelja ili tijela jedne države ugovornice o doprinosima i drugim potraživanjima iz socijalnog osiguranja priznaju se i u drugoj državi ugovornici.

(2) Priznavanje se može uskratiti jedino ako se protivi javnom poretku države ugovornice u kojoj bi se odluka ili isprava trebala priznati.

(3) Na osnovi ovršnih odluka i isprava priznatih prema stavku 1, provodi se ovrha u drugoj državi ugovornici. Ovršni se postupak provodi prema pravnim propisima koji vrijede za ovrhu donesenih odgovarajućih odluka i isprava u onoj državi na čijem se području ovrha provodi. Primjerak odluke ili isprave mora sadržavati potvrdu o njezinoj ovršnosti (klauzula ovršnosti).

•lanak 31.**Namirenje predujma**

(1) Ako je nositelj jedne države ugovornice isplađivao predujam može se zadržati isplata zaostataka odgovarajućeg davanja, na koje postoji pravo prema pravnim propisima druge države ugovornice, za to isto razdoblje. Ako je nositelj jedne države ugovornice u razdoblju za koje nositelj druge države ugovornice treba naknadno odobriti odgovarajuće davanje, isplađivao veće davanje nego što pripada, tada se svota koja prelazi to davanje do visine pripadajućih zaostataka smatra predujmom u smislu prve rečenice.

(2) Ako je nositelj socijalne pomoći jedne države ugovornice odobrio socijalnu pomoć za razdoblje za koje naknadno, prema pravnim propisima druge države ugovornice, nastane pravo na novčana davanja, nadležni nositelj te države ugovornice na zahtjev i u korist nositelja socijalne pomoći zadržava zaostatke koji se odnose na isto razdoblje, do visine isplađene socijalne pomoći, kao da se radi o isplađenoj socijalnoj pomoći nositelja te druge države ugovornice.

•lanak 32.**Naknada štete**

(1) Ako osoba kojoj, prema pravnim propisima jedne države ugovornice, pripadaju davanja zbog neke štete koja je nastala na području druge države ugovornice, ima prema njezinim pravnim propisima pravo na naknadu štete od treće osobe, pravo na naknadu štete prelazi na nositelja prve države ugovornice prema pravnim propisima koji za njega vrijede.

20

768 der Beilagen

(2) Pripada li pravo na naknadu štete glede istovrsnih davanja iz istog sluĉaja štete nositelju jedne drŕave ugovornice i nositelju druge drŕave ugovornice, treĉa osoba moŕje prava, koja prema stavku 1. prelaze na oba nositelja, s oslobaĉajuĉim uĉinkom namiriti uplatom jednom ili drugom nositelju. U meĉusobnom odnosu nositelji su se duŕni namiriti razmjerno davanjima koja isplaĉuju.

•lanak 33.

Rjeŕavanje sporova

Sporove izmeĉu dviju drŕava ugovornica pri tumaŕenju i primjeni ovog ugovora trebaju, ako je to moguĉe, rjeŕavati nadleŕna tijela drŕava ugovornica.

V. Odjeljak

PRIJELAZNE I ZAKLJU•NE ODREDBE

•lanak 34.

Prijelazne odredbe

(1) Na ovom se ugovoru ne temelje nikakva prava na isplatu davanja za razdoblje prije 1. sijeĉnja 1997.

(2) Za utvrĉivanje prava na davanja, prema ovom ugovoru, uzimaju se u obzir i ona razdoblja osiguranja koja su prema pravnim propisima jedne od drŕava ugovornica navrŕena prije 1. sijeĉnja 1997.

(3) Uz rezervu stavka 1., ovaj ugovor vrijedi i za osigurane sluĉajeve nastale prije 1. sijeĉnja 1997., ako ranije utvrĉena prava nisu veĉ namirena kapitalnim isplatama.

(4) Davanja utvrĉena prije 1. sijeĉnja 1997 neĉe se nanovo utvrĉivati.

(3) U sluĉaju preuzimanja prava na davanja opĉi se uvjeti za odgovarajuĉa davanja smatraju ispunjenima. Pritom treba za obraĉun davanja utvrditi razdoblja osiguranja na kojima se temelje preuzeta prava na davanja. Ne dosiŕu li ta razdoblja mirovinski staŕ potreban za odgovarajuĉu mirovinu, za obraĉun davanja uzet ĉe se u obzir razdoblja u opsegu toga mirovinskog staŕa.

(4) Pri uzimanju u obzir oĉe reguliranje tereta osiguranja davanja iz austrijskog mirovinskog osiguranja ili osiguranja za sluĉaj nesreĉe na poslu primjenjuju se pravni propisi austrijskog Saveznog zakona od 22. studenoga 1961 o stexenim i oĉekivanim pravima iz mirovinskog (rentnog) osiguranja i osiguranja za sluĉaj nesreĉe na poslu na osnovi zaposlenja u inozemstvu.

(1) Nositelji u Hrvatskoj preuzimaju sva oĉekivana i stexena prava hrvatskih drŕavljana koji su kao jugoslavenski drŕavljeni na dan 1. sijeĉnja 1956 imali prebivaliŕte na podruĉju bivŕe Jugoslavije, ukoliko su ta oĉekivana i stexena prava ~~lanak 36a~~ temelju razdoblja osiguranja navrŕenih u austrijskom socijalnom osiguranju (mirovinskom osiguranju ili osiguranju za sluĉaj nesreĉe na poslu) prije 1. sijeĉnja 1956. ~~stapanje na snagu~~

(1) Ovaj ugovor podlijeŕje ratifikaciji. Ratifikacijske isprave razmijenit ĉe se ŕto je prije moguĉe u Beĉu.

(2) Nositelji u Austriji preuzimaju sva oĉekivana i stexena prava osoba koje su 1. sijeĉnja 1956 bile austrijski drŕavljeni ili koje su, prema austrijskim pravnim propisima o podruĉja socijalnog osiguranja, bile priznate kao folksdoĉeri, pod uvjetom da dotiĉne osobe na dan 1. sijeĉnja 1956 nisu samo privremeno boravile na podruĉju Austrije, ukoliko su ta oĉekivana i stexena prava nastala na temelju razdoblja osiguranja navrŕenih u bivŕem jugoslavenskom socijalnom osiguranju (mirovinskom ili invalidskom osiguranju) prije 1. sijeĉnja 1956.

768 der Beilagen

21

•lanak 37.**Prestanak valjanosti ugovora**

(1) Ovaj ugovor sklapa se na neodređeno vrijeme. Svaka država ugovornica može ga diplomatskim putem pisano otkazati krajem kalendarske godine, pridržavajući se roka od tri mjeseca.

(2) U slučaju otkazivanja i dalje vrijede odredbe ovog ugovora za stečena prava.

U POTVRDU TOGA opunomoćenici su potpisali ovaj ugovor i stavili pečate.

SASTAVLJENO u Zagrebu dana 16. siječnja 1997 u dva izvornika na njemačkom i hrvatskom jeziku, pri čemu su oba teksta jednako vjerodostojna.

Za Republiku Austriju:

Dr. Harald W. Kotschy

Za Republiku Hrvatsku:

Vera Babić

Vorblatt**Problem:**

Die Kündigung des Abkommens über soziale Sicherheit mit der Republik Kroatien zum 31. Dezember 1996 ist zur Sicherstellung des Entfalls der Zahlung von österreichischen Familienbeihilfen für Kinder in Kroatien erfolgt, da das Abkommen eine Teilkündigung nur für den Bereich der Familienbeihilfen nicht ermöglicht hat. Mit der Kündigung sind auch die Regelungen in den anderen Bereichen außer Kraft getreten, für deren Weiteranwendung der Abschluß eines entsprechend eingeschränkten Abkommens erforderlich ist.

Ziel und Inhalt:

Durch das vorliegende neue Abkommen wird der bisherige Schutz im Bereich der Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung sowie der Arbeitslosenversicherung mit im wesentlichen gleichem materiellrechtlichen Inhalt aufrechterhalten, in formaler Hinsicht aber gleichzeitig an die anderen von Österreich in den letzten Jahren geschlossenen Abkommen über soziale Sicherheit angepaßt.

Alternativen:

Keine.

Kosten:

Keine.

EG-Konformität:

Hinsichtlich von Abkommen über soziale Sicherheit mit Drittstaaten stehen keine EG-Vorschriften in Kraft, sodaß auch die durch EG-Recht gebundenen Staaten einen diesbezüglichen Gestaltungsspielraum haben.

Erläuterungen

Allgemeiner Teil

1. Allgemeine Überlegungen

Das vorliegende österreichisch-kroatische Abkommen über soziale Sicherheit hat gesetzändernden und Gesetzesergänzenden Charakter und bedarf daher gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG der Genehmigung durch den Nationalrat. Es hat nicht politischen Charakter und ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Rechtsbereich zugänglich, sodaß eine Erlassung von Gesetzen gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Das Abkommen enthält keine verfassungsändernden oder verfassungsergänzenden Bestimmungen. Eine Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 50 Abs. 1 zweiter Satz B-VG ist nicht erforderlich, da keine Angelegenheiten geregelt werden, die den selbständigen Wirkungsbereich der Länder betreffen.

2. Das Abkommen im allgemeinen

Die Kündigung des Abkommens über soziale Sicherheit vom 11. März 1993, BGBl. Nr. 594/1994 (im folgenden als „bisheriges Abkommen“ bezeichnet), ist zur Sicherstellung des Entfalls der Zahlung von österreichischen Familienbeihilfen für Kinder in Kroatien erfolgt, da eine Teilkündigung nur für den Bereich der Familienbeihilfen nicht möglich war.

Mit der Kündigung zum 31. Dezember 1996 (BGBl. Nr. 351/1996) sind auch die Regelungen in den anderen Bereichen außer Kraft getreten. Durch den Abschluß des vorliegenden neuen Abkommens werden die Bestimmungen in diesen anderen Bereichen (Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung sowie Arbeitslosengeld) entsprechend dem bisherigen Abkommen geregelt.

Wie bereits in den Zusatzabkommen mit Kanada und den USA (BGBl. Nr. 570/1996 bzw. 779/1996) wird im Hinblick auf eine wesentliche Vereinfachung der Pensionsberechnung in allen zwischenstaatlichen Fällen anstelle der bisher vorgesehenen Berechnung entsprechend dem Zeitenverhältnis („pro-rata-temporis-Berechnung“) die Berechnung der österreichischen Leistungen ausschließlich auf der Grundlage der österreichischen Versicherungszeiten vorgesehen („Direktberechnung“).

Darüber hinaus schließt das neue Abkommen im Bereich der Krankenversicherung in Anpassung an die entsprechenden Regelungen im Art. 22 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 eine gezielte Inanspruchnahme einer ärztlichen Betreuung im anderen Vertragsstaat ohne Genehmigung des zuständigen Trägers aus.

Zusammenfassend sieht das vorliegende neue Abkommen vor:

- a) eine Rechtsgrundlage für die weiteren Beziehungen zwischen Österreich und Kroatien im Bereich der Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung sowie hinsichtlich des Arbeitslosengeldes,
- b) eine formale Neugestaltung des Abkommens insbesondere im Bereich der Krankenversicherung sowie durch die Einbeziehung der Bestimmungen des Schlußprotokolls in das Abkommen,
- c) die zwischenstaatliche Pensionsberechnung in allen Fällen durch Direktberechnung und
- d) seine rückwirkende Anwendung unmittelbar im Anschluß an das Außerkrafttreten des bisherigen Abkommens.

3. Finanzielle Auswirkungen

Hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen ist zunächst darauf hinzuweisen, daß die Kündigung des bisherigen Abkommens zur Sicherstellung des Entfalls der Zahlung von österreichischen Familienbeihilfen für Kinder in Kroatien erfolgt ist, woraus sich eine jährliche Einsparung von rund 44 Millionen Schilling ergibt.

In den anderen Bereichen (Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung sowie Arbeitslosengeld) übernimmt das vorliegende Abkommen die Regelungen des bisherigen Abkommens im wesentlichen unverändert. Lediglich im Bereich der Pensionsberechnung ist wie bereits im Verhältnis zu anderen Vertragsstaaten die Berechnung der österreichischen Pensionen in allen Fällen ausschließlich auf der Grundlage der österreichischen Versicherungszeiten („Direktberechnung“) vorgesehen. Diese Direktberechnung dient in erster Linie einer wesentlichen Verwaltungsvereinfachung, hat insbesondere aber auch der nicht unwesentlichen Erhöhung der österreichischen Teilpensionen im Rahmen der „pro-rata-temporis-Berechnung“ bei Vorliegen von Kindererziehungszeiten Rechnung getragen. Die sich aus der Direktberechnung in diesen Fällen ergebenden Einsparungen wurden bereits ab 1. September 1996 durch die neue Gesamtbemessungsgrundlage (§ 240 ASVG in der Fassung des Strukturanpassungsgesetzes 1996, BGBl. Nr. 201/1996) vorweggenommen. Gleichzeitig wurde durch

das Strukturanpassungsgesetz 1996 die sich aus der Direktberechnung auf Grund der unterschiedlichen Steigerungsbeträge ergebende geringfügige Erhöhung bei Vorliegen von mehr als 30 Versicherungsjahren von bisher maximal 4,05% auf maximal 1,55% der nunmehr in der Regel niedrigeren Gesamtbemessungsgrundlage reduziert (ohne Verminderung oder Erhöhung auf Grund vorzeitiger oder späterer Inanspruchnahme der Leistung).

Insgesamt wird sich aus der Durchführung des neuen Abkommens daher gegenüber der Rechtslage vor der Kündigung des bisherigen Abkommens weder eine Vermehrung des Personalaufwandes noch ein finanzieller Mehraufwand (Beitrag des Bundes zu den einzelnen Zweigen der Pensionsversicherung) ergeben.

Besonderer Teil

Die einzelnen Bestimmungen des vorliegenden neuen Abkommens entsprechen im wesentlichen dem bisherigen Abkommen, wobei die einzelnen Regelungen des bisherigen Schlußprotokolls zu den entsprechenden Bestimmungen des Abkommens aufgenommen wurden. Im folgenden werden die Bestimmungen des neuen Abkommens mit den entsprechenden Bestimmungen des bisherigen Abkommens gegenübergestellt, gleichzeitig wird auf die wesentlichsten Unterschiede hingewiesen:

Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 = Art. 1 (Begriffsbestimmungen).

Art. 2 = Art. 2 (sachlicher Geltungsbereich):

Unter Berücksichtigung der Kündigung des bisherigen Abkommens enthält das neue Abkommen keine Regelungen mehr betreffend den Bereich der Familienbeihilfen.

Art. 3 = Art. 3 (persönlicher Geltungsbereich).

Art. 4 = Art. 4 und Punkt I des Schlußprotokolls (Gleichbehandlung der Staatsangehörigen).

Art. 5 = Art. 5 und Punkt II des Schlußprotokolls (Gebietsgleichstellung).

Bestimmungen über die anzuwendenden Rechtsvorschriften

Art. 6 = Art. 6 (Territorialitätsprinzip):

Die neue Bestimmung des Abs. 2 betreffend die generelle Zuordnung der Beamten zum Herkunftsstaat entspricht der diesbezüglichen EG-Regelung (Art. 13 Abs. 2 lit. d der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71).

Art. 7 = Art. 8 (Ausnahmen).

Art. 8 = Art. 8 a (diplomatisches Personal):

Die Bestimmung wird in formaler Hinsicht an die EG-Regelungen [Art. 16 Abs. 1 und 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71] angepaßt.

Art. 9 = Art. 9 (Ausnahmevereinbarungen).

Krankheit und Mutterschaft

Art. 10 = Art. 10 (Zusammenrechnung der Versicherungszeiten).

Art. 11 = Art. 11 Abs. 1, 2 und 4 sowie Punkt IV des Schlußprotokolls (aushilfsweise Sachleistungsgewährung):

In formaler Hinsicht wurden die Bestimmungen betreffend die aushilfsweise Sachleistungsgewährung während eines vorübergehenden Aufenthaltes oder bei Wohnort im anderen Vertragsstaat an die EG-Regelungen [Art. 22 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71] angepaßt.

Art. 12 = Art. 11 Abs. 3 und 5 (Geldleistungen).

Art. 13 = Art. 12 (Krankenversicherung der Pensionisten):

Die formale Neufassung dient einer sprachlichen Verbesserung.

Art. 14 = Art. 13 (aushelfender Träger).

Art. 15 = Art. 14 und Punkt IV des Schlußprotokolls (Kostenerstattung).

Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

Art. 16 = Art. 15 (aushilfsweise Sachleistungsgewährung).

Art. 17 = Art. 16 (Wegunfall).

Art. 18 = Art. 17 (Berufskrankheiten).

Art. 19 = Art. 18 (Entschädigung von Berufskrankheiten).

Alter, Invalidität und Tod (Pensionen)

Art. 20 = Art. 19, Art. 21 Z 3 und 4 sowie Art. 22 Z 2 (Zusammenrechnung der Versicherungszeiten):

Ergänzend zu den bisherigen generellen Bestimmungen (Abs. 1 und 2) sieht Abs. 3 eine ergänzende bilaterale Bestimmung betreffend neutrale Zeiten vor, die bisher nur unilateral für die österreichische Seite vorgesehen war (Art. 21 Z 4 des bisherigen Abkommens). Die ergänzenden unilateralen Regelungen der Abs. 4 und 5 entsprechen den Art. 22 Z 2 bzw. Art. 21 Z 3 des bisherigen Abkommens.

Art. 21 = Art. 20 Abs. 2 und 3 (Mindestversicherungszeit).

Art. 22 = Art. 20 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 21 und 22 (Berechnung der Leistungen):

Abs. 1 sieht wie bereits bisher Art. 20 Abs. 1 lit. e die Berechnung der Leistungen ausschließlich auf Grund der im jeweiligen Vertragsstaat zurückgelegten Versicherungszeiten vor, wenn die Anspruchsvoraussetzungen allein auf Grund der jeweils innerstaatlichen Versicherungszeiten erfüllt sind.

Sind die Voraussetzungen nur unter Zusammenrechnung der beiderseitigen Versicherungszeiten erfüllt, so sieht Abs. 2 für die kroatische Seite die Berechnung der Leistungen wie bisher entsprechend dem Zeitenverhältnis in den beiden Vertragsstaaten vor („pro-rata-temporis-Berechnung“).

Für die österreichische Seite sieht Abs. 3 auch in diesen Fällen die Berechnung wie nach Abs. 1 allein auf Grund der österreichischen Versicherungszeiten vor („Direktberechnung“). Diese einer wesentlichen Vereinfachung der Pensionsberechnung dienende Direktberechnung entspricht wörtlich den bereits im Verhältnis zu anderen Vertragsstaaten getroffenen Regelungen (zB Art. 11 der Abkommen mit Kanada und den USA in der Fassung der Zusatzabkommen vom 12. September 1995 bzw. 5. Oktober 1995 (BGBl. Nr. 570/1996 bzw. 779/1996).

Arbeitslosigkeit

Art. 23 = Art. 23 und Punkt VI des Schlußprotokolls (Zusammenrechnung der Versicherungszeiten).

Art. 24 = Art. 24 (Bezugsdauer).

Verschiedene Bestimmungen

Die die Durchführung des Abkommens betreffenden Art. 25 bis 33 entsprechen praktisch ohne Änderungen den bisherigen Art. 31 bis 39.

Übergangs- und Schlußbestimmungen

Art. 34 = Art. 40 (Übergangsbestimmungen).

Art. 35 = Art. 41 und Punkt VIII des Schlußprotokolls (Versicherungslastregelungen).

Art. 36 = Art. 42 Abs. 1 und 2 (Inkrafttreten):

Die Kündigung des bisherigen Abkommens ist ausschließlich zur Sicherstellung des Entfalls der Zahlung von österreichischen Familienbeihilfen für Kinder in Kroatien erfolgt. Zur Wahrung der Rechte der Berechtigten in den anderen Bereichen ist daher eine rückwirkende Anwendung des Abkommens unmittelbar im Anschluß an das Außerkrafttreten des bisherigen Abkommens vorgesehen.

Art. 37 = Art. 42 Abs. 3 und 4 (Außerkrafttreten).